Einstimmiges Signal zugunsten der Patienten

Erschienen am 01.07.2016

Gesundheitsminister der Länder beschließen Modellvorhaben zum Direktzugang

Die 89. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat beschlossen, die Heilmittelerbringer wie Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden stärker in die Versorgungsverantwortung einzubeziehen. Die Gesundheitsministerinnen und -minister und Senatorinnen und Senatoren der Länder plädierten einstimmig für Modellvorhaben zum Direktzugang als intelligentes Konzept zur Entlastung vor allem der niedergelassenen Ärzteschaft.

„Diese einstimmige Entscheidung ist ein deutliches Signal im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Heil- und Hilfsmittelversorgungsstärkungsgesetz. Dort können die Modellvorhaben zum Direktzugang sofort verankert werden“, erklärt Karl-Heinz Kellermann, Vorsitzender des Spitzenverbandes der Heilmittelverbände (SHV). „Das wird auch unsere Forderung in der Verbändeanhörung zum Gesetz am 19. Juli im Bundesgesundheitsministerium sein, da der Entwurf solche Modellvorhaben bisher nicht vorsieht."

Ziel des Heil- und Hilfsmittelversorgungsstärkungsgesetzes ist die Sicherung und Optimierung der Patientenversorgung. Der Direktzugang zum Therapeuten kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten. In Modellversuchen kann nachgewiesen werden, dass der Direktzugang bei bestimmten Indikationen zu schnelleren Behandlungsergebnissen führt und die Patientenzufriedenheit steigt. Die Heilmittelerbringer entscheiden dabei losgelöst von der ärztlichen Verordnung selbst über die Therapienotwendigkeit und deren einzelne Maßnahmen. So kann die Therapie schneller beginnen und die Zahl der Behandlungseinheiten sowie die Kosten sinken, wie internationale Studien zu dieser innovativen Versorgungsform längst aufgezeigt haben.

Der Gesetzgeber muss handeln

Das Bundesministerium für Gesundheit ist nun beauftragt zu prüfen, ob durch Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und der entsprechenden Gesetze über die jeweiligen Gesundheitsfachberufe die Voraussetzungen für Modellvorhaben zum Direktzugang geschaffen werden können. Damit haben die Gesundheitsminister den Beschluss der Amtschefkonferenz vom 12. Mai bestätigt. „In den nächsten Wochen hat die Politik die Chance, einen wichtigen Meilenstein für die zukünftige Gesundheitsversorgung zu setzen. Wir hoffen, dass die Entscheider im Sinne der Patienten handeln und dem Direktzugang in Deutschland endlich eine Chance auf Erprobung geben“, untermauert Karl-Heinz Kellermann die Forderung des SHV.